

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die schwarz-gelbe Koalition ist nicht in der Lage, in zentralen politischen Fragen Handlungsfähigkeit herzustellen. Ein Streitfall reiht sich an den nächsten. **Der Fehlstart von Schwarz-Gelb droht in ein Regierungschao zu münden.** Einige Beispiele aus den letzten Tagen:

- Die Koalition will die **Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen** senken, nicht aber für die Gastronomie. Das verursacht neue Bürokratie und kostet Bund, Länder und Kommunen fast eine Milliarde Euro an Steuerausfällen im Jahr. Das fürchten nun auch schwarz-gelb regierte Bundesländer und wollen die Zustimmung im Bundesrat verweigern. **Schwarz und Gelb wissen nicht, was sie wollen!**
- Im Falle der **Vertriebenenfunktionärin Erika Steinbach** riskiert Schwarz-Gelb die guten deutsch-polnischen Beziehungen: Steinbach, die im Bundestag 1991 gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze stimmte, will nach wie vor Mitglied des Stiftungsrates des „Zentrums gegen Vertreibung“ werden. Merkel wollte Steinbach vergeblich mit einem Staatssekretärsposten „wegloben“. Und auch zusätzliche Bundesgelder für den Bund der Vertriebenen konnten Steinbach nicht umstimmen. Das ist ein Skandal, und das haben wir auch im Plenum thematisiert.
- Die Uneinigkeit und Unentschlossenheit von Schwarz-Gelb beim **Ringem um die Zukunft von Opel** ist unverantwortlich. Bundeswirtschaftsminister Brüderle kommt



Berlin-Brief, Ausgabe 63
27. November 2009

Meine Termine

SPD-Landesparteitag in Karlsruhe
27.-28.11.2009

Sitzungswoche des Dt. Bundestages
30.11.-04.12.2009

Meine Pressemitteilungen

25. November 2009 | **Juratovic: „Schleusenausbau nicht auf lange Bank schieben!“** – Josip Juratovic mahnt an, dass eine Verschiebung des Neckarschleusenausbaus die Zukunft der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken gefährdet.

19. November 2009 | **Kinderrechte sollen ins Grundgesetz aufgenommen werden** – Josip Juratovic weist darauf hin, dass am Freitag, 20. November, weltweit das 20-jährige Bestehen der UN-Kinderrechtskonvention begangen wurde.

Mehr auf www.juratovic.de

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

mit den Länderministern nicht auf einen Nenner. Was solche Uneinigkeit bewirkt, konnten wir unlängst sehen: Das eigensinnige Auftreten von Ex-Wirtschaftsminister Guttenberg im Fall Opel hat General Motors erst die Möglichkeit gegeben, den bereits abgestimmten Opel-Verkauf wieder zu Fall zu bringen!

Auch für unsere Region ist Schwarz-Gelb gefährlich: Der Heilbronner Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach hat in den Medien die Befürchtung geäußert, dass der **geplante Ausbau der Neckarschleusen** verzögert werden könnte. Diese Befürchtung teile ich. Wenn der Ausbau der Neckarschleusen infrage gestellt und somit keine Anbindung für modernere und größere Schiffe geschaffen wird, wird die Zukunft der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken gefährdet. Auch wenn das Verkehrsministerium zitiert wird, dass der Ausbau „planerisch vorangetrieben“ werde, fehlt eine klare Position der Bundesregierung. Deswegen werde ich in der kommenden Woche eine Anfrage an die Regierung stellen.

Es ist zu befürchten, dass im Verkehrsministerium eine Stimme Baden-Württembergs fehlt. Mit unserer ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth, meiner Parteifreundin aus Esslingen, konnten wir in den vergangenen Jahren viele positive Entscheidungen für unsere Region erreichen: Renovierung und Ausbau des Heilbronner Hauptbahnhofs, Förderung eines Containerterminals am Heilbronner Hafen und eben die Verlängerung der Neckarschleusen. Meine regionalen Abgeordnetenkollegen von CDU und FDP sind gefragt, im Interesse unserer Region auf das Verkehrsministerium einzuwirken. Als Oppositionsabgeordneter werde ich meinen Teil dazu beitragen, dass unsere Region nicht aufs Abstellgleis gerät.

Ein abschließendes Wort: Auf Grundlage einer Pressemeldung des „Bundes der Steuerzahler“ haben zahlreiche Medien in dieser Woche über die achso raffgierigen Abgeordneten hergezogen, die sich auf Kosten der Bevölkerung mit sündhaft teuren Federhaltern eindecken. Ich habe kein Verständnis für dieses Verhalten einzelner Kollegen. Meine Füller kosten 6,95 Euro. Aber ich bin enttäuscht über die pauschale Berichterstattung der Medien, die mit diesem Stil zusätzlich zur Politikverdrossenheit beitragen und die Demokratie verletzen.

Mit freundlichen Grüßen

Josip Juratovic